



Gibt Kindern eine Chance

Positionspapier POLITISCHE TEILHABE



Foto/Kristian Isaksson

Derzeit sind etwa 1,8 Milliarden Menschen im Alter zwischen 10 und 24 Jahren und viele von ihnen leben in Entwicklungsländern, in denen sie zum Teil die Mehrheit der Bevölkerung stellen¹. Dennoch haben Jugendliche, insbesondere Mädchen und junge Frauen, oftmals keinen oder kaum Einfluss auf gesellschaftliche Normen und politische Rahmenbedingungen, die ihre Lebensumstände bestimmen. Wir von Plan International setzen uns dafür ein, dass allen Kindern und Jugendlichen, insbesondere Mädchen und jungen Frauen, politische Teilhabe ermöglicht wird.

Was ist das Problem?

In vielen Entwicklungsländern stellen Kinder und Jugendliche den Großteil der Bevölkerung dar, in einigen Ländern liegt der Anteil der unter 25-Jährigen sogar bei bis zu 70 Prozent². Dennoch sind Mädchen und Jungen kaum in politische Entscheidungsprozesse eingebunden. Selten werden sie überhaupt als ernstzunehmende Akteurinnen und Akteure wahrgenommen. Insbesondere Mädchen und junge Frauen werden in ihren politischen Teilhabemöglichkeiten stark eingeschränkt. Das hat zur Folge, dass sie keinen beziehungsweise kaum Einfluss auf die politischen Entscheidungen und gesellschaftlichen Normen haben, die ihr Leben bestimmen.

Darüber hinaus schränken Flucht - über die Hälfte der 65 Millionen Flüchtlinge weltweit sind unter 18 Jahre

alt³ - und andere globale Entwicklungen die Partizipationsmöglichkeiten für Mädchen und Jungen weiter ein.

Dies spiegelt sich nicht zuletzt in der politischen Repräsentation wider: 2 Prozent der Abgeordneten weltweit sind unter 30 Jahre alt und lediglich 23 Prozent sind Frauen.⁴

Warum ist das wichtig?

Um Mädchen und Jungen stärker in politische und gesellschaftliche Entscheidungen einzubinden, müssen ungleiche Machtstrukturen und geschlechterwie altersspezifische Stereotypen überwunden werden. Kinder und Jugendliche müssen dabei eine aktive Rolle spielen. Dafür muss ihr Recht auf politische Teilhabe umgesetzt werden.

In der UN-Kinderrechtskonvention ist das Recht auf Partizipation festgeschrieben. Ebenso ist in der Agenda 2030 politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen integraler Bestandteil des SDGs 5 „Gleichberechtigung“ und des SDGs 16 „Partnerschaften“. Außerdem betont die Agenda 2030, dass niemand von Entwicklungsprozessen ausgeschlossen werden darf.

Als Akteurinnen und Akteure des Wandels setzen sich junge Menschen aktiv dafür ein, dass Mädchen und Jungen einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung haben, dass Mädchen selbst darüber entscheiden, ob, wen und wann sie heiraten sowie ob und wann sie Kinder bekommen. Damit tragen sie dazu bei, Gleichberechtigung zu schaffen und soziale Ungerechtigkeiten zu bekämpfen. Sie werden in ihrer

¹ UNFPA, 2014: „State of World Population“

² Stamm, L./ Bettzieche, L. (2014): zuhören – ernst nehmen – handeln: Wie das Recht auf Partizipation von Kindern in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit gefördert werden kann. Deutsches Institut für Menschenrechte.

³ UNHCR (2017): Statistiken

⁴ Inter-Parliamentary Union (2016): Youth participation in national parliaments

Persönlichkeit gestärkt, wenn sie feststellen, dass sie positive Veränderungen bewirken können. Aus selbstbewussten jungen Menschen werden so verantwortungsvolle Erwachsene, die wiederum selbst die Gleichberechtigung in der Gesellschaft vorantreiben und inklusive demokratische Strukturen stärken.

Umgekehrt kann es sich auf persönliche wie gesellschaftliche Entwicklungsprozesse sogar negativ auswirken, wenn Mädchen und Jungen nicht an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen teilhaben.

Umso wichtiger ist es, dass Kinder und Jugendliche, insbesondere Mädchen und junge Frauen, darin bestärkt werden, ihre Stimme zu erheben und ihre Rechte einzufordern. Nur wenn sie aktiv am sozialen und politischen Leben teilhaben, können sie auch sozialen und politischen Wandel herbeiführen - für sich selbst, aber auch für ihr Umfeld.

Was tut Plan International?

In unserer globalen Strategie "100 Millionen Gründe" ist die politische Teilhabe von Mädchen und Jungen eines der vier Kernziele. Wir wollen mit unserer Arbeit erreichen, dass Regierungen weltweit Kinder und Jugendliche auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene systematisch in ihre Entscheidungsprozesse einbinden.

Dabei liegt unser besonderer Fokus auf Mädchen und jungen Frauen, die einen positiven Systemwandel in der Gesellschaft bewirken wollen. Für sie sind die Hürden, sich politisch und gesellschaftlich einzubringen, aufgrund von geschlechterspezifischen Stereotypen und Normen sowie diskriminierender Machtstrukturen ungleich höher.

Mädchen und Jungen sollen die gleichen Möglichkeiten haben, sich für Veränderungen zu engagieren. Auch Jungen sind mit geschlechter- und altersstereotypen Erwartungshaltungen konfrontiert, die es zu überwinden gilt. Oft können insbesondere Jungen zu Motoren des Wandels für die Gleichberechtigung werden. Um dieses Ziel zu erreichen, arbeiten wir eng mit (globalen) Jugendbewegungen und Organisationen zusammen.

Wir bei Plan International Deutschland leben auch in unserer Arbeit die Teilhabe von Jugendlichen. In unserem Jugendbeirat engagieren sich bis zu 20 Jugendliche von 14 bis 24 Jahren. Die Jugendlichen unterstützen unsere politische Arbeit, gestalten über zwei Jugendvertreterinnen in der

Mitgliederversammlung unsere Arbeit mit und bringen ihre junge Perspektive ein.

Girls Lead

Girls Lead ist ein Programm zur Förderung der gleichberechtigten politischen Teilhabe von Jugendlichen. Wir stärken Jugendorganisationen darin, sich effektiv für ihre Anliegen und ihre Rechte von der lokalen bis zur internationalen Ebene einzusetzen und damit zur Gleichberechtigung beizutragen. Wir bestärken vor allem Mädchen und junge Frauen darin, eine führende Rolle zu übernehmen. Mit Familien und Gemeinden arbeiten wir an der gesellschaftlichen Akzeptanz und Unterstützung für diese politische Arbeit der Jugendlichen, insbesondere der Mädchen. Bei Behörden und Regierungen auf allen Ebenen setzen wir uns für den Aufbau und die Stärkung der systematischen Beteiligung von Jugendlichen in öffentlichen Entscheidungsprozessen ein.

Das Programm arbeitet momentan in einem regionalen Ansatz in Lateinamerika mit Schwerpunkt Guatemala und Peru, in Togo, Ägypten, und Kambodscha.

Unsere Forderungen

- 1. Stärkere finanzielle Unterstützung für die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen durch die Bundesregierung.**
Beispielsweise, durch eine Budgetierung des Gender Aktionsplans. Darüber hinaus sollten langfristig 15 Prozent der ODA für Projekte mit GG2-Kennung und damit auch für politische Teilhabe für Mädchen und junge Frauen zur Verfügung gestellt werden.
- 2. Mädchen als eigene Zielgruppe definieren**
In den bisherigen Strategien, die politische Teilhabe fördern, wurden Mädchen und Frauen oftmals als eine Zielgruppe zusammengefasst. Dies trägt aber nicht den spezifischen Herausforderungen für Mädchen Rechnung. Daher fordern wir, dass die nächsten Aktualisierungen der entsprechenden Strategien explizit Prinzipien und Maßnahmen beinhalten, die die spezifischen Bedürfnisse von Mädchen und jungen Frauen berücksichtigen.

3. Sicherstellen von aktiver und bedeutsamer Beteiligung von Mädchen und jungen Frauen in Design, Implementation, Monitoring und Evaluierung von BMZ-geförderten Projekten.

Mädchen und junge Frauen müssen systematisch an demokratischen Strukturen und Entscheidungsprozessen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene beteiligt werden. Dabei darf sich Teilhabe aber nicht auf die Partizipation in politischen Foren beschränken. Vielmehr müssen Mädchen und junge Frauen die Möglichkeit haben, sich in allen Lebens- und Gesellschaftsbereichen zu beteiligen. Das BMZ und seine Durchführungsorganisationen GIZ und KfW müssen daher sicherstellen, dass Mädchen und junge Frauen aktiv und regelmäßig an der Konzeption, der Implementierung, dem Monitoring und der Evaluierung von Entwicklungsprojekten in allen Sektoren beteiligt werden.

4. Sicherstellen eines inklusiven und transparenten Konsultationsprozesses zur nächsten Aktualisierung des Gender Aktionsplans.

Bei der nächsten Aktualisierung des Konzepts zur Gleichberechtigung der Geschlechter in der deutschen Entwicklungspolitik aus dem Jahr 2014 und des Gender Aktionsplans 2016-2020 muss das BMZ einen inklusiven und transparenten Dialogprozess mit der Zivilgesellschaft und internationalen Expertinnen und Experten sowie Fachleuten sicherstellen.

Mädchen und junge Frauen müssen ebenso wie Organisationen, die für sie und mit ihnen arbeiten, aktiv an dem Prozess beteiligt werden.

Die Empfehlungen aus dem Konsultationsprozess müssen vom BMZ bei der Entwicklung neuer Strategien auf sinnvolle Weise berücksichtigt werden. Bei der Entwicklung der „Agents of Change“ Strategie zwischen 2015 und 2016 hatte die Bundesregierung einen Jugendkonsultationsprozess organisiert. Dieser kann als Vorbild bei der Aktualisierung des Konzepts zur Gleichberechtigung der Geschlechter und des Gender Aktionsplans dienen.

5. Die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen auf internationaler Ebene weiter stärken.

Die Bundesregierung sollte ihr Engagement für Mädchen und junge Frauen auch über die eigene G7- und G20-Präsidentschaft hinaus beibehalten, zum Beispiel indem sie dafür wirbt, das Thema auf die Agenda von Frankreichs G7 Präsidentschaft zu setzen. Darüber hinaus, sollte die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen einen zentralen Platz in der deutschen Entwicklungspolitik einnehmen.

6. Disaggregierte Daten zu Mädchen und jungen Frauen erheben.

Das BMZ sollte in allen seinen Projekten, die Geschlechtergerechtigkeit fördern, disaggregierte Daten erheben. Auf diese Art und Weise können Mädchen und junge Frauen bei der Projektentwicklung und -Umsetzung systematischer berücksichtigt werden können. Darüber hinaus sollten Deutschland und die anderen Geberländer ihre Berichte an die OECD verbessern, indem sie umfassend den Gender Marker verwenden und ihre Projekte detaillierter beschreiben. Das würde die Verständlichkeit der Geberfinanzierung verbessern und das Monitoring hinsichtlich SDG 5 einfacher machen. So kann auch politische Teilhabe besser gefördert werden

7. Die Bundesregierung soll sich im Kontext von G7/G20 dafür einsetzen, dass die Jugendversammlungen Y7 und Y20 weiter geführt werden und die Ergebnisse und Empfehlungen Eingang in die gesamten Gipfelprozesse finden.

Jedes Jahr zeigen die Jugendversammlungen zu den G7- und G20-Gipfeln, die Positionen und Handlungsempfehlungen an die Staats- und Regierungschefinnen und -chefs formulieren, dass Jugendliche einen wichtigen politischen Beitrag leisten. Daher muss sich die Bundesregierung weiter dafür stark machen, dass Y7 und Y20 sicher finanziert werden und die Ergebnisse auf der Verhandlungsebene von G7 und G20 stärker berücksichtigt werden.



Gibt Kindern eine Chance

Plan International
Deutschland e.V.
Kontakt
Sonja Birnbaum
Leiterin Repräsentanz Berlin
Stresemannstr. 72
10963 Berlin

Tel.: +49 (0)30 / 22 35 27 13
Fax: +49 (0)30 / 22 35 27 14
E-Mail: sonja.birnbaum@plan.de
www.plande
www.facebook.com/planDeutschland
www.twitter.com/PlanGermany

Stand: Nov./2018